

**Satzung über die Entschädigung der in der Stadt Fehmarn
tätigen Ehrenbeamtinnen und Ehrenbeamten
sowie ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürger
(Entschädigungssatzung)**

Aufgrund der §§ 4 und 24 Abs. 3 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (GO) i.V.m. der Landesverordnung über Entschädigungen in kommunalen Ehrenämtern (Entschädigungsverordnung – EntschVO) in den zurzeit gültigen Fassungen, wird nach Beschluss der Stadtvertretung vom 17. Dezember 2020 nachfolgende Entschädigungssatzung für die Stadt Fehmarn erlassen:

§ 1

**Bürgervorsteherin, Bürgervorsteher
und deren Stellvertreter/-innen**

(1) Die Bürgervorsteherin oder der Bürgervorsteher erhält nach Maßgabe der Entschädigungsverordnung eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 517,--€.

(2) Die oder der erste Stellvertretende der Bürgervorsteherin oder des Bürgervorstehers erhält nach Maßgabe der Entschädigungsverordnung eine anlassbezogene Aufwandsentschädigung je wahrgenommene Vertretung bei bis zu 4 Stunden Dauer in Höhe von 50,-- €. Bei einer Vertretungszeit von mehr als 4 Stunden beträgt die anlassbezogene Aufwandsentschädigung 80,-- €. Insgesamt jedoch nicht mehr als 400,-- € monatlich.

(3) Die oder der zweite Stellvertretende der Bürgervorsteherin oder des Bürgervorstehers erhält nach Maßgabe der Entschädigungsverordnung eine anlassbezogene Aufwandsentschädigung je wahrgenommene Vertretung bei bis zu 4 Stunden Dauer in Höhe von 50,-- €. Bei einer Vertretungszeit von mehr als 4 Stunden beträgt die anlassbezogene Aufwandsentschädigung 80,-- €. Insgesamt jedoch nicht mehr als 400,-- € monatlich.

(4) Die oder der dritte Stellvertretende der Bürgervorsteherin oder des Bürgervorstehers erhält nach Maßgabe der Entschädigungsverordnung eine anlassbezogene Aufwandsentschädigung je wahrgenommene Vertretung bei bis zu 4 Stunden Dauer in Höhe von 50,-- €. Bei einer Vertretungszeit von mehr als 4 Stunden beträgt die anlassbezogene Aufwandsentschädigung 80,-- €. Insgesamt jedoch nicht mehr als 400,-- € monatlich.

§ 2

**Stellvertretende der Bürgermeisterin
oder des Bürgermeisters**

(1) Die oder der erste Stellvertretende der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters erhält nach Maßgabe der Entschädigungsverordnung eine anlassbezogene Aufwandsentschädigung je wahrgenommene Vertretung bei bis zu 4 Stunden Dauer in Höhe von 50,-- €. Bei einer Vertretungszeit von mehr als 4 Stunden beträgt die anlassbezogene Aufwandsentschädigung 80,-- € .

(2) Die oder der zweite Stellvertretende der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters erhält nach Maßgabe der Entschädigungsverordnung eine anlassbezogene Aufwandsentschädigung je wahrgenommene Vertretung bei bis zu 4 Stunden Dauer in Höhe von 50,-- €. Bei einer Vertretungszeit von mehr als 4 Stunden beträgt die anlassbezogene Aufwandsentschädigung 80,-- € .

(3) Die oder der dritte Stellvertretende der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters erhält nach Maßgabe der Entschädigungsverordnung eine anlassbezogene Aufwandsentschädigung je wahrgenommene Vertretung bei bis zu 4 Stunden Dauer in Höhe von 50,-- €. Bei einer Vertretungszeit von mehr als 4 Stunden beträgt die anlassbezogene Aufwandsentschädigung 80,-- € .

§ 3

Fraktionsvorsitzende

(1) Fraktionsvorsitzende erhalten nach Maßgabe der Entschädigungsverordnung eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 210,-- €.

(2) Stellvertretenden von Fraktionsvorsitzenden wird nach Maßgabe der Entschädigungsverordnung bei Verhinderung der oder des Fraktionsvorsitzenden für ihre besondere Tätigkeit als Vertretung eine Aufwandsentschädigung gewährt, die für jeden Tag der Vertretung ein Dreißigstel der monatlichen Aufwandsentschädigung der oder des Fraktionsvorsitzenden beträgt.

§ 4

Vorsitzende und Mitglieder von Beiräten -Seniorenbeirat und Kinder- und Jugendparlament-

(1) Die Mitglieder des Seniorenbeirates und die Mitglieder des Kinder- und Jugendparlamentes erhalten für die Teilnahme an einer Sitzung ihres Gremiums eine anlassbezogene Aufwandsentschädigung in Höhe von 20,-- €. Der oder die Vorsitzende des jeweiligen Gremiums erhält für jede von ihm oder ihr geleitete Sitzung eine weitere anlassbezogene Aufwandsentschädigung in Höhe von 10,-- €.

(2) Stellvertretenden der oder des jeweiligen Vorsitzenden wird nach Maßgabe der Entschädigungsverordnung bei Verhinderung für ihre oder seine besondere Tätigkeit als Vertretung ein zusätzliches Sitzungsgeld in Höhe von 10,-- € pro geleiteter Sitzung gewährt.

(3) Für stellvertretende Mitglieder der vorgenannten Gremien gilt im Vertretungsfall Abs. 1 Satz 1 entsprechend.

§ 5 Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter

(1) Die Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter erhalten nach Maßgabe der Entschädigungsverordnung eine Aufwandsentschädigung als monatliche Pauschale in Höhe von 124,- € für die Teilnahme an Sitzungen der Stadtvertretung, der Ausschüsse – mit Ausnahme des Hauptausschusses -, der Fraktionen und Teilfraktionen, der Beiräte und der sonstigen in der Hauptsatzung der Stadt Fehmarn bestimmten Sitzungen sowie für sonstige Tätigkeiten für die Stadt.

(2) Ein Sitzungsgeld wird nicht gewährt für die Teilnahme an Sitzungen der Ausschüsse und an sonstigen in der Hauptsatzung der Stadt bestimmten Sitzungen, wenn die Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter nicht Mitglied dieser Gremien sind.

Auch für sonstige Tätigkeiten für die Stadt wird kein Sitzungsgeld gewährt, wenn hierfür kein besonderer Auftrag vorliegt.

§ 6 Bürgerliche Ausschussmitglieder

(1) Die nicht der Stadtvertretung angehörenden Mitglieder der Ausschüsse nach § 46 Abs. 3 GO erhalten nach Maßgabe der Entschädigungsverordnung für die Teilnahme an Sitzungen der Ausschüsse, in die sie gewählt sind und an einer Sitzung der Fraktionen pro Sitzungsrunde ein Sitzungsgeld in Höhe von 33,- €.

(2) Für stellvertretende Ausschussmitglieder, die nicht der Stadtvertretung angehören, gilt im Vertretungsfall Abs. 1 entsprechend.

§ 7 Mitglieder des Hauptausschusses

(1) Die Mitglieder des Hauptausschusses mit Ausnahme der oder des Vorsitzenden erhalten nach Maßgabe der Entschädigungsverordnung eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 115,- €.

(2) Die Stellvertretenden der Mitglieder des Hauptausschusses erhalten im Vertretungsfall nach Maßgabe der Entschädigungsverordnung für die Teilnahme an Sitzungen des Hauptausschusses ein Sitzungsgeld in Höhe von 33,- €.

§ 8 Vorsitzende oder Vorsitzender des Hauptausschusses

(1) Die oder der Vorsitzende des Hauptausschusses erhält nach Maßgabe der Entschädigungsverordnung eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 170,- €.

(2) Die/der Stellvertretende der/des Vorsitzenden des Hautpausschusses erhält für jede von ihr/ihm geleitete Sitzung des Hauptausschusses ein zusätzliches Sitzungsgeld in Höhe von 33,- €.

§ 9

Vorsitzende der sonstigen Ausschüsse

Ausschussvorsitzende – mit Ausnahme der oder des Hauptausschussvorsitzenden – erhalten nach Maßgabe der Entschädigungsverordnung für jede von ihnen geleitete Ausschusssitzung ein Sitzungsgeld in Höhe von 33,-- €. Das gleiche gilt bei Verhinderung von Ausschussvorsitzenden für deren Stellvertretende.

§ 10

Behindertenbeauftragte, Behindertenbeauftragter

Die Behindertenbeauftragte oder der Behindertenbeauftragte wird von der Stadtvertretung bestellt und erhält für ihre / seine Tätigkeit nach Maßgabe der Entschädigungsverordnung eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 100,-- €.

§ 11

Entgangener Arbeitsverdienst, Verdienstaufschlüsselung für Selbständige, Entschädigung für Abwesenheit vom Haushalt

(1) Der durch die Wahrnehmung des Ehrenamtes oder die ehrenamtliche Tätigkeit entgangene Arbeitsverdienst aus unselbständiger Arbeit ist auf Antrag in der nachgewiesenen Höhe gesondert zu ersetzen. Ferner ist der auf den entgangenen Arbeitsverdienst entfallende Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung zu erstatten, soweit dieser zu Lasten der oder des Entschädigungsberechtigten an den Sozialversicherungsträger abgeführt wird.

(2) Selbständige erhalten auf Antrag gesondert für den durch die Wahrnehmung des Ehrenamtes oder die ehrenamtliche Tätigkeit entstandenen Verdienstaufschlüsselung, deren Höhe je Stunde im Einzelfall auf der Grundlage des glaubhaft gemachten Verdienstaufschlusses nach billigem Ermessen festgesetzt wird.

Der Höchstbetrag der Verdienstaufschlüsselung je Stunde beträgt 29,-- €. Die Verdienstaufschlüsselung je Tag ist auf 232,-- € begrenzt.

(3) Personen, die einen Haushalt mit mindestens zwei Personen führen und nicht oder weniger als 20 Stunden je Woche erwerbstätig sind, erhalten gesondert für die durch die Wahrnehmung des Ehrenamtes oder die ehrenamtliche Tätigkeit bedingte Abwesenheit vom Haushalt auf Antrag für jede volle Stunde der Abwesenheit eine Entschädigung. Der Stundensatz dieser Entschädigung beträgt 10,-- €.

Statt einer Entschädigung nach Stundensätzen sind auf Antrag die angefallenen notwendigen Kosten für eine Vertretung im Haushalt zu ersetzen.

(4) Leistungen nach den Absätzen 1 bis 3 werden nur gewährt, soweit die Wahrnehmung des Ehrenamtes oder die ehrenamtliche Tätigkeit in den Fällen der Absätze 1 und 2 während der regelmäßigen Arbeitszeit und in den Fällen des Absatzes 3 während der regelmäßigen Hausarbeitszeit erforderlich ist. Die regelmäßige Arbeitszeit und die regelmäßige Hausarbeitszeit sind individuell zu ermitteln.

§ 12

Ersatz der Kosten der Betreuung von Kindern und pflegebedürftiger Angehöriger

Die nachgewiesenen Kosten einer durch die Wahrnehmung des Ehrenamtes oder die ehrenamtliche Tätigkeit erforderlichen entgeltlichen Betreuung von Kindern, die das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, oder pflegebedürftiger Familienangehöriger sind auf Antrag gesondert zu erstatten. Dies gilt nicht für Zeiträume, für die Entschädigung nach § 11 dieser Satzung gewährt wird.

§ 13

Fahrkosten, Reisekostenvergütung

(1) Ehrenbeamtinnen und Ehrenbeamten, Stadtvertreterinnen und Stadtvertretern und ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürgern können die Fahrkosten, die ihnen durch die Fahrt zum Sitzungsort und zurück entstehen, gesondert erstattet werden, höchstens jedoch in Höhe der Kosten der Fahrt von der Hauptwohnung zum Sitzungsort und zurück; die Höhe der Entschädigung richtet sich nach § 4 des Bundesreisekostengesetzes in der jeweils geltenden Fassung. Bei Benutzung privateigener Kraftfahrzeuge richtet sich die Höhe der Entschädigung nach § 5 Bundesreisekostengesetz

(2) Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter sowie ehrenamtlich tätige Bürgerinnen und Bürger erhalten bei Dienstreisen Reisekostenvergütung nach den für die Beamtinnen und Beamten geltenden Grundsätzen.

§ 14

Freiwillige Feuerwehren

Abweichend von den Regelungen der Landesverordnung über die Entschädigung der Wehrführungen der freiwilligen Feuerwehren und ihrer Stellvertretungen (Entschädigungsverordnung freiwillige Feuerwehren – EntschVOFF) erhält die Gemeindeführung ab dem 01.01.2018 eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 393,00 €. Ihre Stellvertretungen erhalten ab diesem Zeitpunkt jeweils eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 294,75 €.

Den Ortswehrführungen und ihren Stellvertretungen wird eine Aufwandsentschädigung in Höhe des jeweils zulässigen Höchstbetrages nach der EntschVOFF gewährt.

Der Gemeinde- und den Ortswehrführungen wird im Übrigen ein Kleidergeld nach Maßgabe des § 3 Abs 2 und 3 EntschVOFF gezahlt. Von dieser Pauschale erhalten die Stellvertretungen jeweils höchstens 75 Prozent gemäß § 3 Abs. 4 EntschVOFF.

Jugendfeuerwehrwartinnen und -warte und Gerätewartinnen und -warte erhalten eine Entschädigung in Höhe des jeweiligen Regelsatzes nach der Richtlinie über die Entschädigung von Mitgliedern der freiwilligen Feuerwehren und der Pflichtfeuerwehren (Entschädigungsrichtlinie – EntschRichtl-fF).

§ 15
Verarbeitung personenbezogener Daten

Die Stadt Fehmarn ist für die Zahlung von Entschädigungen berechtigt, Namen, Anschrift, Funktion, Kontoverbindung, Fraktionszugehörigkeit, Tätigkeitsdauer und Geburtsdatum der Ehrenbeamtinnen und Ehrenbeamten, Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter und ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürger zu erheben und in einer Überweisungs- sowie einer Mitgliederdatei zu speichern.

§ 16
Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 1. Januar 2021 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Entschädigungssatzung der Stadt Fehmarn vom 29. Oktober 2008 in der Fassung der Dritten Nachtragssatzung vom 13. Dezember 2019 außer Kraft.

Ausgefertigt:
Fehmarn, den 18.12.2020

(LS)

Stadt Fehmarn
Der Bürgermeister

Jörg Weber